

Ausbildung für das Klosterleben in Indien untersucht. Für die Dauer dieser Untersuchung — seit 1968 — wurde die Aufnahme indischer Mädchen unterbrochen.

Eine der für die Ausbildung der jungen Schwestern verantwortlichen Nonnen erklärte dazu in „Informations catholiques internationales“: „Es ist wichtig, daß unsere

Kongregation — wie alle, die in der selben Lage sind — sich wirklich ihrer Verantwortung gegenüber diesen jungen Mädchen, die sie aufgenommen hat, bewußt wird, ebenso der Verantwortung gegenüber Indien und der ganzen Kirche. So betrachtet, könnte sogar der kleine Skandal der vergangenen Tage segensreich wirken.“

Länderbericht

Das Scheitern General Onganía's in Argentinien

General *Juan Carlos Onganía* sind zu seiner politischen „Beisetzung“ respektable Kränze gebunden worden. Die Integrität des glücklosen Vier-Jahres-Staatschefs wurde gerühmt, seine Sittenstrenge, seine Korrektheit, Unanfälligkeit gegenüber Korruption, sein Arbeitseifer, seine Selbstlosigkeit und tiefe Frömmigkeit. Selbst der Sprecher der dreiköpfigen Militärjunta, die Onganía am 8. Juni 1970 zum Rücktritt gezwungen hat, bestätigte die persönlichen Qualitäten des Nachkommen baskischer Einwanderer. Onganía verdiene die Anerkennung seiner Mitbürger, sagte Admiral *Pedro Gnavi* in seiner Botschaft an die Nation, „da er seine Pflicht im höchsten Staatsamt uneigennützig und dienstbeflissen erfüllte“. Auch politische Erfolge bestätigte Gnavi dem abgesetzten 56jährigen Regierungschef: „Die chronische wirtschaftliche Stagnation ist überwunden worden, eine befriedigende wirtschaftliche Wachstumsrate wurde erreicht, wichtige infrastrukturelle Arbeiten sind begonnen und fortgesetzt worden, eine rationelle Ausbeutung unserer natürlichen Reichtümer und Energiequellen wurde grundgelegt und Maßnahmen zum Wohlstandswachstum wurden eingeleitet“ (Noticias Aliadas, 20. 6. 70).

In den Chor der Würdigungen für den abgesetzten argentinischen Staatschef stimmte neben der argentinischen Bischofskonferenz auch die liberal redigierte internationale Presse auf ihren Wirtschaftsseiten ein. Sie hob vor allem die Verdienste Onganía's um die wirtschaftliche Stabilisierung hervor: Die Stabilisierungspolitik verschaffte Argentinien in den letzten Jahren erhöhte Auslandsinvestitionen, günstige Lieferkredite, wovon die meisten auf Italien, die USA und die Bundesrepublik Deutschland (in dieser Reihenfolge) entfallen, und das Wohlwollen der Weltbank, die großzügige Anleihen gewährte. Angesichts solcher Erfolge erscheint die offizielle Begründung für den friedlichen Putsch der Militärs gegen einen der Ihren recht mager. Mehr als eine „gewisse und fortschreitende“ Unruhe und Unsicherheit im Land, die sich in „unbestreitbaren Tatsachen“ manifestiere, war aus den ersten offiziellen Verlautbarungen nicht herauszulesen. Wer nach Präzisierungen suchte, wurde auf das Fehlen „klarer Ideen“ zur nationalen Entwicklung verwiesen. Wer nach Rechtfertigungen fragte, bekam die „gesteigerten sozialen Spannungen“ zur Antwort. Zunehmende Studenten- und Arbeiterunruhen, das Erstarken des Untergrunds, der in der Entführung des Ex-Präsidenten *Pedro Aramburu* am 29. Mai 1970 und dessen Ermordung seine kriminelle Entschlossenheit zu demonstrieren schien — das war nach außen den Oberbefehlshabern von Heer, Marine und Luftwaffe Grund genug, einen „Wachwechsel“ an der Spitze vorzunehmen. So jedenfalls erklärten sie es dem Volk. Und so ist auch verständlich, daß die größte und

eher konservative katholische Wochenzeitung in Argentinien, „Esquiú“, in ihrer Analyse des Regierungswechsels Ende Juni 1970 kein größeres Positivum zu verzeichnen wußte als die Tatsache, der Putsch sei wenigstens unblutig verlaufen. Im übrigen vermerkte „Esquiú“ realistisch: „Der Sturz von Staatspräsident Onganía nützt dem Land nicht, denn uns kann kein brusker Regierungswechsel helfen“ (zit. nach Noticias Aliadas, 4. 7. 70). Offen bleibe, ob mit der Ablösung Onganía's der Paternalismus seines Regimes überwunden werden könne, die „Gleichsetzung von Staat und Regierung und von Regierung und Regierungschef“. Offen bleibe auch, ob es der neuen Regierung gelinge, das an den Rand gedrängte Volk, seine Vertreter und die Interpreten seines Willens wieder in seine vollen Rechte und Pflichten einzusetzen.

Das Programm der „ideologischen Grenzen“

Die ersten Monate Nach-„Demokratie“, wie der argentinische Volksmund die Regierungszeit Onganía's nannte, lassen noch kein Urteil, doch auch wenig Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel in Politik und Wirtschaft zu. Ein Viermannregime hat ein Einmannregime ersetzt. Das militärische Triumvirat, die Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen, hält die Hebel der Macht jetzt „legitimer“ in der Hand. Ohne die Unterschriften der Generale *Alejandro Lanusse* (Heer), *Carlos Alberto Rey* (Luftwaffe) und des Admirals *Pedro Gnavi* (Marine) sind nach der Reform des Revolutionsstatuts keine Gesetzes- oder Dekretsprojekte ins Kabinett zu bringen. Die Teilnahme der Kommandanten an Kabinettsitzungen ist durch eine Reform des Ministergesetzes geregelt. In allen wesentlichen Punkten bleibt das Revolutionsstatut vom 30. Juni 1966 vorläufig gültig. Das Militär verfügt über Legislative und Exekutive. Das Parlament ersetzen Ausschüsse, die der Präsident von Fall zu Fall beruft. Ihm allein kommt auch die Ernennung der Kabinettsmitglieder und der Provinzgouverneure zu. Wahlen sind wieder auf unabsehbare Zeit verschoben worden. Die Parteien bleiben aufgelöst.

Es hat den Anschein, als sei das Regierungssystem in Argentinien nur um einige Grade ehrlicher geworden. Denn in der Tat liegt seit dem Sturz von Perón im September 1955 bei wechselndem „demokratischem“ Anstrich alle Staatsgewalt bei den Militärs. Im Militär aber gibt es divergierende Strömungen. Es hat sich eingebürgert, sie mit „colorados“ (Putschisten) und „azules“ (Legalisten) zu kennzeichnen. Sie betreffen die politische Praxis, weniger die ideologischen Überzeugungen, nach denen Juan Carlos Onganía kompromißlos handelte.

Die programmatische Basis bildet der Grundsatz der

„ideologischen Grenzen“. Die von Onganía geprägte Formel bezeichnet den Willen zur Zusammenarbeit aller amerikanischen Streitkräfte über Länderhoheiten und geographische Grenzen hinaus — insoweit es den „gemeinsamen Feind“, den Kommunismus und die „castro-revolutionäre Subversion“, zu bekämpfen gilt. Es entsprach dieser Militärlogik, daß ein Jahr nach Ongánias Machtübernahme, im August 1967, ein spezielles Kommunistengesetz erlassen wurde. (Mit 100 000 Mitgliedern war die kommunistische Partei Argentiniens die stärkste in Lateinamerika). Kommunistische Propaganda — und sie wird sehr weit ausgelegt — ist heute unter besonders scharfer Strafe gestellt. Alle Kommunisten sind praktisch auch aus dem größten Teil des Wirtschaftslebens verbannt. Scharfe Säuberungsaktionen in den Universitäten gegen marxistische Professoren und Studentenführer wurden parallel durchgeführt.

Unter dem Oberbefehl Ongánias (1964/65) ist die argentinische Armee nach der USA-Intervention in der Dominikanischen Republik als Vorkämpfer für den Aufbau einer Interamerikanischen Friedensstreitmacht (Fuerzas Interamericanas de Paz) hervorgetreten. Noch als das Projekt am Widerstand der Mehrheit der OAS-Staaten gescheitert war und seine Initiatoren, die USA und Brasilien, schon davon Abstand genommen hatten, insistierte die argentinische Regierung auf die OAS-Außenministerkonferenz in Buenos Aires im Februar 1967 noch auf Wiederaufnahme des Plans.

Dem Prinzip der „ideologischen Grenzen“ ebenbürtig ist die „Westpoint-Doktrin“. Sie wurde nach der nordamerikanischen Militärakademie benannt, vor der sie Onganía erstmals präziserte. Sie bedeutet: das argentinische Militär versteht sich als Hüter und Verteidiger der verfassungsmäßigen Ordnung. (Außenverteidigungsaufgaben sind ihm ohnedies seit dem Paraguay-Krieg vor einem Jahrhundert nicht mehr zugefallen.) In Grenzsituationen, in denen „fundamentale nationale Einrichtungen“ angegriffen werden oder Argentiniens Zugehörigkeit zur „westlichen und christlichen Zivilisation“ gefährdet ist, ist das Militär nach der Westpoint-Doktrin zur politischen Intervention und notfalls zur Übernahme der Regierungsverantwortung berufen.

Onganía selbst suchte bis zuletzt an der Legalität festzuhalten. Unter seiner Führung setzten sich im Herbst 1962 die „azules“ gegen die „colorados“ durch, die nach den Frühjahrswahlen des gleichen Jahres durch einen Putsch der Rückkehr von Peronisten in politische Schlüsselpositionen vorgebeugt hatten. Die „azules“ sorgten damals für Neuwahlen. Aus ihnen kam mit 22 Prozent der Stimmen der Landarzt *Arturo Illia* ins Präsidentenpalais. Die Peronisten hatten Wahlabstinenz geübt, setzten dafür aber die Regierung Illia so erfolgreich unter Druck, daß sie weder innen- noch wirtschaftspolitische Fortschritte verbuchen konnte (zur Militärideologie vergleiche Ignacio Palacios Videla, *Revolución argentina*, „*Víspera*“, Februar 1970).

Die *Cursillistas*

Das dritte Charakteristikum des Militärregimes unter Onganía war dessen christliches Sendungsbewußtsein. Dieses wurde allerdings nicht von der Mehrheit der Generäle geteilt. In Argentinien wurde viel von einer „rechts-katholischen Geheimpartei“ gemunkelt, der Onganía angehöre. Sie ist ein Gerücht. Wahr aber ist, daß der abge-

setzte Staatschef zu den „*cursillistas*“ gehört. Die „*Cursillos de Cristianidad*“, ein einflußreicher Glaubensbund mit strenger Glaubensschulung, sind von dem französischen Priester *Raül Grasset* in Argentinien eingeführt worden. Sie sind ein Weg zu radikaler persönlicher Bekehrung, spiritueller Erneuerung und ständiger Lebensreflexion, die in verschworenen Männerzirkeln geübt wird. Kandidaten werden nur auf persönliche Empfehlungen hin aufgenommen. Langfristige Beobachtung, nach der die Vertrauensleute ausführliche Fragebogen beantworten, die den privaten Bereich wie das öffentliche Leben des Umwobenen betreffen, gehen der Einladung zu einem Bekehrungskurs voraus. Dieser selbst ist in Anlehnung an ignatianische Exerzitien konzipiert, hat aber stark emotionale Komponenten und wird mit einem öffentlichen Bekenntnis der Sünden und des Willens zum Wandel beendet. „*Cursillistas*“ sind ähnlich wie Opus-Dei-Mitglieder auf Lebenszeit und unter straffer Kontrolle zu einer vorbildlichen sittlich-moralischen und beruflichen Lebensführung verpflichtet. Sie versprechen überdies, mit allen ihren Kräften die Gesellschaft nach den Grundsätzen der christlichen Soziallehre formen zu helfen.

Die „*Cursillistas*“-Bewegung vertritt offiziell keine bestimmte gesellschafts- oder wirtschaftspolitische Richtung. Da ihr aber in Argentinien überwiegend — und bewußt gewählt — Mitglieder der Elite in Militär, Verwaltung, Publizistik und im Hochschulsektor angehören, da das elitäre Sendungsbewußtsein außerordentlich gepflegt wird und die christliche Soziallehre, so wie sie dort gelehrt wird, ein konservativ-rechtsliberales ständestaatliches Denken begünstigt, ist sie zu einem Politikum ausgewachsen. Onganía hat durch seinen Eifer, eine der kirchlich-hierarchischen Struktur nachempfundene politische Ordnung herzustellen, das Mißtrauen gegen die „*cursillistas*“ nicht abbauen geholfen. Und manches spricht dafür, daß ihm gerade sein *Cursillista*-Sendungsbewußtsein, das ihn zunehmend isolierte, letztlich die Entmachtung einbrachte.

Die „Kosten“ der Wirtschaftspolitik

Soweit die Militärs nicht selber politische Ambitionen mit ihrem Putsch von 1966 verbanden, waren es vor allem drei Gruppierungen, die die Richtung der „Argentinischen Revolution“ zu bestimmen versuchten: die Liberalen, die katholischen Nationalisten und die junge Technokratie. Die Liberalen gruppierten sich um den einflußreichen Wirtschaftspolitiker, den Industrie- und Wirtschaftsminister früherer Regierungen, *Alvaro Alsogaray*. Er ist der Gründer der heute aufgelösten Unabhängigen Bürgerlichen Partei. Alsogaray vertritt das Konzept der „freien Marktwirtschaft“, das er von Ludwig Erhard übernahm und in argentinischen Führungskreisen populär machte. Unterstützt von seinem Bruder, General *Julio Alsogaray*, der Ende 1966 Oberbefehlshaber des Heeres wurde und den Posten bis zur großen Umbesetzungsaktion im September 1968 behielt, hoffte Alvaro Alsogaray mit gutem Grund auf das Wirtschaftsministerium für sich oder einen Gesinnungsgenossen. Doch Onganía berief in dieses Schlüsselministerium *Nestor Salimei*, einen „*cursillista*“ und katholischen Unternehmer ohne politische Vergangenheit. Alsogaray mußte sich mit dem Botschafterposten in den Vereinigten Staaten begnügen. Weder seine Wirtschaftsplanung hatte Chancen noch die der jungen Technokraten, „*desarrollistas*“ genannt. Diese waren vornehmlich politische Jünger des ehemaligen Staatspräsidenten

Arturo Frondizi (1958—1962) und erstreben eine rasche infrastrukturelle Entwicklung und Förderung der Grundindustrie mit massiver Auslandskapitalhilfe gleich welcher Herkunft.

Den ersten Wirtschaftsplan der Regierung Onganía erarbeitete ein Team unter *Felipe Tami*. Dieser junge Volkswirtschaftler, Direktor der Zentralbank und politisch den Männern der christlichen Sozialdemokratie nahestehend, legte ein national orientiertes Konzept vor: Förderung des Sparaufkommens (was eine Erhöhung der Reallöhne einer breiteren Schicht voraussetzt), Preiskontrolle, Vermehrung der inländischen Investitionen, ein Mindestmaß an staatlicher Wirtschaftslenkung, gekoppelt mit einem relativ hohen Maß an Arbeitnehmermitbestimmung. Unverkennbar waren darin eingearbeitet die Erfahrungen des christdemokratisch regierten Nachbarstaates Chile. Alsogaray sah Gefahren für die liberalen Oligarcheninteressen heraufziehen. Von ihm und seinen Parteigängern unter Druck gesetzt, verwarf Onganía den Tami-Plan. Er wurde Anfang November 1966 zu den Akten gelegt. An seine Stelle traten Stabilisierungsmaßnahmen. Die wichtigste war das Einfrieren der Löhne und Preise für zwei Jahre.

Auch unter den folgenden Wirtschaftsministern *Adalberto Krieger Vasena* (ab Anfang 1967) und *Dagnino Pastore* (Mitte 1969 bis zu Ongánias Absetzung) wurde dieser umstrittene Weg wirtschaftlicher Sanierung eingehalten. Sie wurde aber vor allem auf dem Rücken der sozial schwachen Schichten ausgetragen. Bei gleichbleibenden Löhnen stiegen die Lebenshaltungskosten 1967 um 29 Prozent, 1968 um 16 Prozent und 1969 noch einmal um 20 Prozent (vgl. „Mensaje“, Juli 1970). Die Tarife der Eisenbahn, für Elektrizität und Gas und für Dienste anderer Staatsbetriebe wurden erheblich heraufgesetzt — bei gleichzeitigem Personalabbau —, um das Staatsdefizit zu senken. Aber auch diese Zeche der Sanierung zahlten vor allem die Familien mit ohnehin niedrigem Einkommen. Über 100 000 Menschen emigrierten binnen kurzem aus den Zuckeranbauprovinzen als Opfer einer Rationalisierungspolitik, die allein in der Provinz Tucumán mehr als 10 Zuckerfabriken niedriger Produktivität stilllegte, ohne für neue Arbeitsplätze gesorgt zu haben.

Widerstand gegen Slumsanierung

Solche und ähnliche Sanierungsmaßnahmen der Onganía-Regierung beschleunigten die Solidarisierung eines beträchtlichen Teils des *Klerus* mit politisch machtlosen Volksgruppen. Die „Priesterbewegung für die Dritte Welt“ war ursprünglich die Initiative einer kleinen Gruppe. Sie hatte sich im Dezember 1967 zusammengefunden um die sog. „Botschaft der 18 Bischöfe der Dritten Welt“. Heute gehören ihr rund 400 Priester an, etwa ein Zehntel des argentinischen *Klerus*. Mit dem Dokument „Nuestras Coincidencias Básicas“ sind sie 1969 durch ihre gemeinsame Option für einen „lateinamerikanischen Sozialismus“, für die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der politischen Macht und des Bewusstseins“ an die Öffentlichkeit getreten. Mitglieder des „Movimiento Sacerdotes para el Tercer Mundo“ waren in den letzten Jahren führend an der Organisation von Demonstrationen, Hungermärschen, Streiks, Fabrikbesetzungen beteiligt. Auch der Widerstand der Elendsviertelbewohner von Buenos Aires gegen den Slumsanierungsplan der Regierung Onganía ist ohne die Initiative von Mitglie-

dern dieser Bewegung nicht denkbar. 41 der 394 „villas miserias“ sollten nach dem Abrissplan bereits bis Ende 1968 verschwinden (vgl. NADOC Nr. 41, März 1969). Die Bewohner von sieben waren dann auch planmäßig und mit Polizeihilfe umgesiedelt worden, zwei Personen in einräumige 7,5-qm-Wohnungen. Sechsköpfige Familien bekamen drei Räume mit insgesamt 17,5 qm. Das war im Vergleich zu den Notunterkünften ein Fortschritt. Und nicht dagegen richteten sich die Protestaktionen der Slum-Pfarrer. Sie wollten mit ihrem Sitzstreik auf der Plaza de Mayo, mit Protestnoten, Demonstrationen und schließlich mit Gegenplänen das System bloßlegen, nach dem nach ihrer Meinung über die Köpfe und Primärinteressen der Betroffenen hinweg die Sanierung erdacht worden sei: „Selbst wenn der Regierung nach Plan gelingen sollte, jährlich 8000 Sozialbauwohnungen zu erstellen — was könnte es nützen? Heute leben nach offiziellen Statistiken in Groß-Buenos-Aires bereits 280 000 Menschen in villas miserias. Inoffizielle, doch glaubwürdigere Quellen geben ihre Zahl mit 800 000 an. Und allein die „Operación Tucumán“ (die Rationalisierungen in der Zuckerprovinz) bringt eine neue Massenlandflucht. Wo bleiben die 150 000 Tucumanos, die nun Brot und Arbeit in den Städten suchen? Die villas miserias sind unvermeidliche Folgen der herrschenden unmenschlichen Gesellschaftsordnung: ein System, das große Schichten unserer Bevölkerung zu niedrigsten Einkommen verdammt: das seine Produktion nicht in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Gesellschaft plant, sondern auf die Luxurnachfrage der Kapitalkräftigen ausrichtet, die ungerechte Aneignung riesiger schlecht genutzter Ländereien nicht verhindert, durch die wiederum Arbeitslosigkeit und Elend des Landvolkes gefördert wird“ (zit. nach NADOC Nr. 127, Februar 1970).

Die Bewegung verlangte die Beseitigung der Ursachen, keine Schönheitspflaster für die Auswirkungen einer nach ihrer Meinung fehlgeplanten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. In ihren sozialen Forderungen wurden die heute auch innerkirchlich hart umstrittenen Gruppen von einer Reihe von Bischöfen unterstützt. Hervorgetreten als Männer der Kirche, die keine Konflikte mit den staatlichen Autoritäten scheuen, sind während Ongánias Regierungszeit vor allem die Diözesanbischöfe der von Rationalisierung und Sanierung besonders hart betroffenen Provinzen Tucumán (*Gómez Aragón* und *Juan Carlos Ferro*), Corrientes (*Alberto Devoto*), Chaco (*Italo di Stefani*), Posades (*José Kemmerer*), Santa Fé (*Vicente Zaspé* und *Antonio Brasca*), Neuquén (*Jaime de Nevares*), La Rioja (*Enrique Angelelli*), Añatuya (*Jorge Gottau*) sowie der frühere Bischof von Avellaneda, *Jerónimo Podestà*. Ein Beispiel aus ihren Stellungnahmen, die sich jeweils auf die konkrete Lage beziehen, sei angeführt. Nach einer Rundreise durch sein Bistum Neuquén schrieb Bischof Jaime de Nevares in einem Hirtenbrief: „Ich bin zurückgekehrt voller Entsetzen über soviel Ungerechtigkeit, Bosheit, Ausbeutung und Gefühllosigkeit . . . Ich werde nur beschreiben, was ich gesehen und gehört habe. Warum? Weil Christus gesagt: Eure Rede sei ja, ja und nein, nein . . . Ich sah, wie alarmierend die Entvölkerung fortschreitet. Und das ist nicht nur dem normalen Prozeß der Verstädterung zuzuschreiben. Diese Landflucht wird von der öffentlichen Hand und von Privatinteressen gefördert. Viele haben die Familientrecks auf der Bundesstraße 40 gesehen, Familien, die mit der schlimmsten Trockenheit seit 30 Jahren alles verloren. Aber

warum? Es gibt doch Bohrmaschinen genug und Grundwasser . . . Und die Reaktion der Verantwortlichen auf diese Naturkatastrophe? Nach allgemeinen Steuererhöhungen und zusätzlichen Belastungen für die Kleinbauern kam das Gesetz zur Abschaffung der Ziegenzucht, das rasche progressive Steuererhöhungen für die Benutzung staatlichen Weidelandes vorsieht, eben jener Weiden, über die unsere Siedler in drei und vier Generationen keine Eigentumsrechte erwerben konnten. Es kam die Verweigerung von Bankkrediten, falls diese Versicherungsbeiträge nicht auf den Tag gezahlt werden. Es kam die Vertreibung von Privatgütern. Laufend verkaufen Leute, die — wer weiß wie? — vor vielen Jahrzehnten Landeigentümer geworden sind und ihr Gut nie persönlich gesehen haben, nun ihr Land. Der Käufer fordert die Entfernung der Familien, die es seit 50, 60 und mehr Jahren bearbeitet haben. Unser 100jähriges Bürgerliches Gesetzbuch, in dem das Privateigentum absolut gesetzt ist, autorisiert solche Angriffe auf die Existenzgrundlage. Unsere Verfassung bietet die Grundlage, das zu verhindern, durch Enteignung. Das aber geschieht nicht“ (zit. nach „*Perspectivas de diálogo*“, Mai 1970).

Gescheiterte Neutralisierung der Unruheherde

Dieser Hirtenbrief ist symptomatisch für Umfang und Art der *neuen Opposition*, die der Regierung Onganía zunehmend aus der Kirche erwuchs. Sie kennzeichnet dreierlei: 1. der grundsätzliche Widerstand gegen alle infrastrukturellen Maßnahmen, die nach Meinung mancher nur mit zunehmender Verelendung der sozial schwächsten Volksschichten erkaufte werden und auf zunehmender politischer Entmündigung des Volkes gründen; 2. eine neue „Authentik“, die aus gelebter Solidarität entsteht und sich in Sprache und Handeln niederschlägt. Beide sind jedermann verständlich und darum oft „subversiver“ als kommunistische Manifeste; 3. der Anspruch, konstruktiv zu sein. Ihre Opposition erschöpft sich nicht in der Negation des Bestehenden. Sie versucht in den konkreten Fällen, in denen sie sich engagiert, auch konkrete Wege aufzuzeigen. So haben z. B. die Priester der Bewegung Dritte Welt einen eigenen Slumsanierungsplan vorgelegt. Sein Kernstück war: der Bau solider Arbeiterhäuser auf dem gleichen Terrain unter Ausnutzung der handwerklichen Eigenleistung der Bewohner.

Ein solcher Plan hatte keine Chance und keine politische Lobby. Und der mit der Durchführung des Regierungsplans beauftragte Beamte, Hauptmann *Ulises Muschetti*, stellte fest: „Die einzigen, die sich unserem Slumsanierungsplan widersetzen, sind die Kaufleute, die sich an den Elendsvierteln bereichern und der kommunistisch gelenkte Slumbewohner-Verband“ (vgl. *Noticias aliadas*, 10. 1. 70). Das verstärkte bei der Priesterbewegung den Verdacht, es ginge der Regierung weniger um das Wohl der Menschen, die bis zu 25 km vom jetzigen Wohnort entfernt neu angesiedelt werden und vor ersten neuen Arbeits- und Mietproblemen stehen, sondern um die Neutralisierung von Unruheherden.

Der Druck auf die früher legale Opposition und alle potentiellen Oppositionsherde hat sich unter Onganía von Jahr zu Jahr verschärft. Im November 1966 wurde das Eigentum aller politischen Parteien eingezogen. Die 1967 fälligen Wahlen wurden endgültig auf unbestimmte Zeit verschoben. Ein Militärdekret hob die Autonomie der acht Staatsuniversitäten auf, löste die Universitätsräte auf,

verschärfte die Zulassungsbedingungen zum Studium. Die Einführung von Aufnahmeprüfungen wurde mit der Überfüllung der Hochschulen und der Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Auslese begründet. (Immerhin hatten 1969 noch mehr als ein Drittel der rund 100 000 Abiturienten Chancen auf einen Studienplatz.) Die Studentenorganisationen freilich sahen darin mehrheitlich auch den Versuch, alle dem Regime nicht genehmen Studenten den Universitäten fernzuhalten. Heftige Protestaktionen führten zu ersten polizeilichen Säuberungsaktionen in den Universitäten. Fünf Rektoren und mehr als die Hälfte der Professoren traten im ersten Regierungsquartal Ongánias zurück. Gleichzeitig begann ein studentischer Reorganisationsprozeß. Die großen traditionellen, liberalen und marxistischen Studentenorganisationen, die stark ideologisiert und international orientiert waren, zeigten sich der neuen Lage nicht gewachsen. Es wurden national-revolutionäre Kader aufgebaut, die mehr und mehr auch eine Solidarisierung mit der politisierten Arbeiterschicht erreichen. Dies wurde offenkundig im Mai und Juni 1969. Der bürgerkriegsähnliche Aufstand in Córdoba, der bedeutendsten Universitätsstadt des Landes mit über 50 000 Studenten, und in Rosario wird gemeinsam von Studenten und Arbeitern getragen. Zwar konnte er nach wenigen Tagen niedergeschlagen werden. Doch der Militäreinsatz mit Fallschirmspringern, die Bilanz von 20 Toten, mehr als 100 Schwerverletzten und fünf Milliarden Pesos Sachschaden allein in Córdoba haben die politische Schwäche des Onganía-Regimes enthüllt, das den Belagerungszustand ausrief, der bis zum Juli 1970 in Kraft blieb. Es mißlang, dem Volk alles als eine „subversive kommunistische Verschwörung“ hinzustellen. Das um so mehr, da ein Monat zuvor, im April 1969, die argentinische Bischofskonferenz im wichtigsten Kapitel der „Erklärung von San Miguel“, im Abschnitt Gerechtigkeit, die Ursachen der Eskalation der innenpolitischen Spannungen beim Namen genannt hatte.

Vom Episkopat nur bedingt unterstützt

„Im Laufe eines langen geschichtlichen Prozesses, der noch anhält“, so schrieben die Bischöfe, „ist in unserem Land eine ungerechte Struktur entstanden.“ In ihrer Diagnose der Situation kritisierten sie den Vorrang des wirtschaftlichen vor dem sozialen Fortschritt im Regierungsprogramm, den Druck ausländischer und inländischer Interessengruppen, das regionale Ungleichgewicht in den Schwerpunkten der Wirtschaftsförderung, die Arbeitslosigkeit und Unsicherheit provozierenden Rationalisierungsmaßnahmen, die Ausschaltung der Öffentlichkeit bei allen Regierungsentscheidungen. Die volle und umfassende Befreiung, die anzustreben sei, vermerkten die Bischöfe, „muß sich in allen Bereichen verwirklichen, in denen es Unterdrückung gibt: im Rechtswesen, in der Politik, im Wirtschaftsleben und im Sozialwesen“.

Nicht zufällig wurde dieser Teil der bischöflichen Erklärung in Regierungskreisen der Unmoral und der versteckten Aufforderung zum Aufstand beschuldigt (vgl. CIAS, Buenos Aires, Dezember 1969). So sah sich das Exekutivkomitee der Bischofskonferenz während der Maiunruhen verpflichtet, die „Anwendung von Gewalt beim erstrebten Strukturwandel“, diese „Tendenz von Gruppen marxistischer Ideologie“ ausdrücklich zu verurteilen. Obgleich es damit die Regierungsversion bestärkte, konnte der Staatschef nicht recht zufrieden sein. Denn in der Er-

klärung war hinzugefügt: „Das Ideal wäre eben eine gut organisierte Gesellschaft, in der es nicht nötig ist, die legitimen Rechte einfordern zu müssen. Aber unsere gesellschaftliche Wirklichkeit ist eine andere.“

Den schwelenden Konflikt mit der Hierarchie suchte Onganía auf seine Art einzudämmen. Er lud Anfang November 1969 Kirchenführung und Kirchenvolk ein, in „einem öffentlichen und einzigartigen Festakt“, die Nation am Nationalheiligtum Luján dem Unbefleckten Herzen Mariens zu weihen. Unmittelbar riefen eine Reihe von Bischöfen auf, der Einladung nicht Folge zu leisten. Die „Priesterbewegung Dritte Welt“ präziserte das Unbegehren:

„Halten wir uns an die Spielregeln. Politik wird mit politischen Mitteln gemacht . . . Es ist allzu offenkundig, daß die Einladung zu dieser Marienweihe der Nation eine politische Absicht verfolgt. Oder geht es etwa nicht darum, daß die Regierung gerade jetzt, da sie —ausgenommen von ihren Nutznießern von keiner Seite mehr unterstützt wird, mit dem Volk und der Kirche Einigkeit demonstrieren will, sich darstellen will als Bürge einer volksnahen Politik, die sie in Wirklichkeit nicht betreibt? (vgl. NA-DOC Nr. 115, Dezember 1969).“

Die feierliche Weihe fand am 30. November 1969 unter der Beteiligung von Kardinal *A. Caggiano* (Buenos Aires) und eines guten Drittels der Bischöfe statt. Doch aus dem vom Präsidenten erhofften Beitrag, „die Kräfte der Mächtigen und die Ungeduld und Angst des einfachen Volkes in einer Harmonie des Friedens und der Gerechtigkeit zu einigen“, war nichts geworden.

Die CGT-Spaltung

Fehl schlug auch der Versuch Ongánias, die Unterstützung der immer noch mächtigen peronistischen Gewerkschaften zu gewinnen. Mit 2,5 Millionen Mitgliedern ist die Confederación General de Trabajo (CGT) seit dem Parteienverbot die stärkste politische Bewegung. Allerdings gelang es dem auf sie angesetzten Arbeitsminister *Rubens San Sebastián*, die Aufsplitterung der CGT zu beschleunigen. Die „harte“ CGT-Linie, zuerst unter der Führung von *Amado Olmos* und nach dessen tödlichem Autounfall um den CGT-Generalsekretär *Raimundo Ongaro* gruppiert, ging zur aktiven und militanten Opposition gegen die „Militärdiktatur“ über; die „weiche“ Linie, geleitet vom Chef der Metallarbeitergewerkschaft *Augusto Vandor*, entschied sich für eine pragmatische und flexible Strategie der Anpassung.

Die offizielle Spaltung in eine „CGT de los Argentinos“ (harte Linie) und eine „CGT de Azopardo“ wurde im April 1968 vollzogen. Ohnehin aber gab es in den 62 Einzelgewerkschaften, die unter dem Banner des Peronismus segeln, eine Vielfalt konträrer politischer Programme. Und Peron selbst, zu dessen spanischem Exilsitz Delegationen der verschiedensten Richtungen wallfahrteten, spielte auf allen Klavieren. Innerhalb der „CGT de los Argentinos“ erstarkte die extreme Linke unter der Führung des Leiters der Elektrizitätsgewerkschaften von Córdoba, *Agustín Tosco*. Er wie Ongaro büßten für den Maiaufstand mit Gefängnis. Beide aber wurden nach wenigen Monaten amnestiert. Ihre Popularität in der Arbeiterbewegung machte sie als Märtyrer des Militärregimes gefährlicher als in offener und kontrollierbarer Aktion. Überdies konnte sich Onganía Ende 1969 der Illusion hingeben, der neugebildete, regierungsfreundliche Einheits-

gewerkschaftsverband „Nueva Corriente de Opinión“ sei Realität. Die Folgen der „Botschaft von Perón an seine Bewegung“, datiert vom 26. Dezember 1969, machte allerdings die Hoffnung auf die Integration des Peronismus in die „Argentinische Revolution“ der Militärs zunichte. Perón verkündete seine „endgültige und unveränderliche Verurteilung der Onganía-Regierung“, bezeichnete sie als „konterrevolutionäre Militärdiktatur“ und rief die Peronisten aller Schattierungen zum Kampf an allen Fronten auf. Wieweit dabei nur das noch immer beachtliche Prestige des Ex-Präsidenten von der „harten“ Gewerkschaftsrichtung ausgenutzt wurde, bleibt dahingestellt. Tatsache ist, daß daraufhin sieben Gewerkschaftsführer der „weichen“ Linie ausgeschaltet wurden, ihr Führer *Augusto Vandor* einem ungeklärten Mordanschlag zum Opfer fiel und *Raimundo Ongaro* Anfang Januar 1970 in einem spektakulären „Ökumenischen Gottesdienst für die Befreiung seines Volkes“ in einer katholischen Kirche der Hauptstadt den Bestand einer neuen säkularen Oppositionsökumene demonstrierte (vgl. N. Habegger, *El Peronismo sus luchas y su futuro*, „*Víspera*“, Februar 1970).

Ständestaatliche Hoffnungen

Während sich linke *Guerillafronten* nach der neuen lateinamerikanischen Strategie der Stadtpartisanen auch in Argentinien zu etablieren begannen, Überfälle auf Militärposten, Polizeikommissariate, Banken und Großunternehmen zur Beschaffung von Waffen und Geld schon an der Tagesordnung waren, während sich auf der anderen Seite Söhne der angesehensten Familien des Landes in den Reihen der ultranationalen „Montoneros“ im Waffenhandwerk übten, wuchs auch im Militär der Unmut über den „unfähigen“ Staatschef. Die „Nationale Kommunale Bewegung“ wurde begründet mit der Absicht, Ongánias Regime auf den rettenden Pfad zu führen. Kopf der Bewegung war Oberst a. D. *Juan Francisco Guevara*, ein guter Freund Ongánias und einer der Urheber des Putsches, der ihn an die Macht brachte. Onganía aber hatte sich der rechtsextremen katholischen Nationalisten zu Beginn seiner Regierungszeit genauso zu erwehren versucht wie der liberalen Vorkämpfer der freien Marktwirtschaft. Guevara wurde zum argentinischen Botschafter in Venezuela ernannt. Jetzt aber, nachdem Onganía auch das innermilitärische Gleichgewicht nicht mehr zu garantieren vermochte, Liberale und „desarrollistas“ auf die Flucht nach vorn drangen — auf die Einlösung des Versprechens allmählicher Demokratisierung — und der Staatschef dem bedingt Rechnung trug mit der Ankündigung, das Mitspracherecht der Bevölkerung demnächst auf kommunaler Ebene durch die Schaffung von „Beratungsorganen“ einzuleiten — jetzt meldete sich Guevara wieder. Seine Bewegung rief zur Überwindung des um sich greifenden „liberalen Heidentums“ auf und legte einen Zehnjahresplan vor. Als Modell hatte man sich den Ständestaat nach portugiesischem Vorbild ausgesucht. Die liberale Militärfraktion aber wies der „Argentinischen Revolution“ den Ausweg des „demokratischen Pluralismus“ über Parlament und Parteien.

Ongánias Einfluß reichte aber weder, die widerstrebenden Kräfte noch einmal zu einigen noch Alternativen durchzusetzen. Es bedurfte nur noch eines äußeren Anlasses, ihn abzulösen. Der bot sich mit der Entführung und Ermordung des Ex-Präsidenten *Eugenio Aramburu* durch

„Montoneros“, kurz nachdem Aramburu seine Bereitschaft zum politischen Comeback angekündigt hatte. Ob die neue Militärregierung mit dem 50jährigen General *Roberto Levingston* an der Spitze der schweren innenpolitischen Krisen Herr wird, ist noch nicht abzusehen. Levingston, zuletzt Militärattaché der argentinischen Botschaft in Washington und Vertreter seines Landes beim Interamerikanischen Verteidigungsausschuß, war früher Geheimdienstchef des Heeres. In seinen beiden ersten Grundsatzreden bot er keine Alternative zu Onganía. Er betonte die Vollmachten des Staatspräsidenten (das Mitspracherecht der Junta beschränke sich auf die Legislative), erneuerte das Versprechen der Rückkehr zur repräsentativen Demokratie, ohne es zu konkretisieren, und bezeugte seinen Willen, die Entwicklungspolitik auf wirt-

schaftlichem und sozialem Gebiet voranzutreiben. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts weist auf das Streben nach Integration der mächtigsten politischen Kräfte im Land hin. So wurde die Besetzung des Sozialministeriums mit dem radikalen Antiperonisten *Francisco Manrique* mit der Berufung des Neoperonisten *Juan Luco* zum Arbeitsminister ausgeglichen. Das Wirtschaftsministerium übernahm der liberale Professor *Carlos Moyano Llerena*. Der Chef des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten und Dienste dagegen, *Aldo Ferrer*, vertritt die nationalistische Linie. Ob diese Summierung von Polaritäten im Kabinett zur inneren Befriedung des Landes beitragen oder, wie bei allen nachperonistischen Regierungen geschehen, das Scheitern auch dieser Regierung beschleunigen wird, läßt sich im Augenblick nur vermuten.

Problembereiche zum Zeitgeschehen

Strategien für die Zweite Entwicklungs-Dekade

Im Jahre 1961 hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Erste Entwicklungsdekade ins Leben gerufen. Ihr Ziel war, den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen in den Entwicklungsländern Gültigkeit zu verleihen und dort zu Wohlfahrt, Stabilität und einem der menschlichen Würde entsprechenden Mindestlebensstandard beizutragen. Das Ergebnis dieser Anstrengungen ist nicht befriedigend. Die jährliche Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts für Entwicklungsländer, einschließlich der Rohstofflieferanten, wies von 1960—1967 im Vergleich zu den fünfziger Jahren keine Steigerung auf. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts betrug zwar weiterhin etwa 5% pro Jahr, der hohe Bevölkerungszuwachs beschränkte die Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens jedoch auf 2,5% pro Jahr. Die Entwicklungsländer zeichnen sich durch eine zunehmende politische und soziale Instabilität aus. Das Ausmaß schwerwiegender sozialer Störungen, wie etwa der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der überbordenden Verstädterung sind erst im Laufe der ersten Dekade in ihrer ganzen alarmierenden Bedeutung offenkundig geworden. In einem der wichtigsten Gebiete der Entwicklungsförderung, der Industrialisierung, sind die Fortschritte nicht ermutigend. Diese Enttäuschungen haben bei fast allen Beteiligten zu einer erheblichen Verschlechterung des Klimas für die Entwicklungshilfe in den letzten Jahren geführt.

Die Erkenntnis über die Unzulänglichkeit der bisherigen Bemühungen und die wachsende Besorgnis über die Zukunft der internationalen Zusammenarbeit haben bewirkt, daß aus der Organisation der Vereinten Nationen heraus einer Reihe von Kommissionen der Auftrag gegeben wurde, eine Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade zu erarbeiten. Eine im Auftrag der Weltbank einberufene Kommission unter Leitung des früheren kanadischen Premierministers *L. B. Pearson* erarbeitete eine zusammenfassende Studie, die unter dem Titel „Partners in Development“ (deutsch: *Der Pearson-Bericht*, Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Wien, München 1969) vorliegt. Sie wird ergänzt durch den *Provisional Indicative World Plan for Agricultural Development* der FAO, dem vom Wirtschafts- und Sozialrat der

Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen *Tinbergen-Bericht* „Towards Accelerated Development“ und der vom Generalsekretär der UN in Auftrag gegebenen Studie „*A Study of the Capacity of the United Nations Development System*“, die unter Leitung von *Sir Robert Jackson* die Arbeitsweise des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen überprüfen sollte. Diese internationalen Studien werden durch die nationale Peterson-Studie der Vereinigten Staaten ergänzt, denen als wesentliches Gebilde der Entwicklungshilfe eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt.

Die Studien haben naturgemäß ein weltweites Echo gefunden, Zustimmung aber auch viel Kritik. Die Beratung der zuständigen Gremien der Vereinten Nationen steht zur Stunde noch aus. Die Richtung der zu erwartenden Kritik zeichnete sich aber in zwei Konferenzen der Kirchen ab, nämlich der Expertenkonferenz des Weltrates der Kirchen vom 26. bis 31. Januar 1970 in Montreux „Entwicklungsstrategie der Kirchen“ und in einem kleineren Expertenkolloquium des Komitees für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden des Weltrates der Kirchen und der päpstlichen Kommission Gerechtigkeit und Frieden (SO-DEPAX) vom 2. bis 4. Juli in Cartigny bei Genf. Von der ersten dieser Konferenzen liegt ein inoffizielles Protokoll vor (Evangelischer Pressedienst, Dokumentation 6/70 vom 5. Februar 1970). Das Protokoll der zweiten Tagung wird demnächst erscheinen, der Berichterstatter nahm an den Beratungen jedoch selbst teil.

Der Pearson-Bericht

Das Ergebnis der in einem imponierenden Teamwork von Politikern, Wissenschaftlern, Administratoren und Experten erarbeiteten Studien ist außerordentlich wichtig, weil sie den heutigen Erkenntnis- und Diskussionsstand um alle Fragen der Entwicklungshilfe in einer beinahe erschöpfenden Weise darstellen. Sie bieten eine umfassende Analyse der Weltsituation unter dem Gesichtspunkt der Teilung der Welt in arme und reiche Länder. Wenn das Ergebnis der analytischen Bestandsaufnahme trotzdem nicht befriedigt und sie vielleicht mehr Fragen offenläßt als beantwortet, so liegt das daran, daß „eine allgemeine